

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Kossinstraße 4. • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • •

Immer treue zum Ganzen und laßt Du selber sein Ganzes werden  
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 500 Mark, im Arbeitsmarkt 300 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

## Die ungenügende Entlohnung und ihre Wirkungen.

In einer reinen Akkordindustrie wie der feinkeramischen sind die Lohnunterschiede zwischen den im Akkord beschäftigten Facharbeitern und den sonstigen Arbeitern im Zeitlohn vielfach ganz beträchtlich. Dieser Umstand bringt mit Recht große Unzufriedenheit unter die Zeitlohnarbeiter, weil als Lohnmaßstab gewöhnlich die durchschnittlichen Akkordlöhne der Facharbeiter bei Lohnverhandlungen angenommen werden. Die zahlenmäßige Auswirkung der Lohnunterschiede sieht nach dem vom 4. bis 17. Juni laufenden Lohnabkommen so aus, daß in einer Zeit mit täglicher Verteuerung der Lebensmittel ein sonstiger Arbeiter über 24 Jahre im Zeitlohn nach dreimonatiger Beschäftigung in Groß-Berlin 2725 M., in Ortsklasse A 2595 M., in Ortsklasse B 2517 M. und in Ortsklasse C 2428 M. tarifmäßigen Stundenlohn, selbstverständlich ohne die „horrende“ soziale Zulage von 1,19 M., erhält. Auch der im Zeitlohn beschäftigte Facharbeiter steht nicht viel höher, er kommt auf 2933 M. in Groß-Berlin, 2794 M. in Ortsklasse A, 2710 M. in Ortsklasse B und 2626 M. in Ortsklasse C. Das bedeutet, daß ein Facharbeiter im Zeitlohn in Groß-Berlin 256 M., in Ortsklasse A 243 M., in Ortsklasse B 236 M. und in Ortsklasse C 228 M. unter der tarifmäßigen Akkordbasis verdient. Wenn sonstigen Arbeiter nach dreimonatiger Beschäftigung sind die Unterschiede zwischen Akkordbasis und Tariflohn noch größer, und zwar 464 M., 429 M. und 416 M. die Stunde. Nun kommt aber hinzu, daß in einer Anzahl Fabriken die sonstigen Arbeiter nur den tarifmäßigen Stundenlohn erhalten, die Akkordarbeiter infolge angestrebter Leistung aber 25 Proz. über die Akkordbasis verdienen können, dadurch entstehen Unterschiede zwischen dem Lohn eines Facharbeiters und dem eines tarifmäßig bezahlten sonstigen Arbeiters von 1136 M. in Groß-Berlin, 1279 M. in Ortsklasse A, 1244 M. in Ortsklasse B und 972 M. in Ortsklasse C. Bei 48 Wochenarbeitsstunden kommen Lohnunterschiede von 54 528 M., 61 392 M., 59 712 M. und 46 656 M. heraus. Selbst wenn ein sonstiger Arbeiter zu seinem Tarifstundenlohn 100 M. Leistungszulage erhält, wird sein Verdienst erst um 4800 M. in der Woche höher. Das kann auch kein Ausgleich sein.

Die Facharbeiter und Facharbeiterinnen erreichen jedoch auch nicht in allen Fällen 25 Proz. über die Akkordbasis. Eine beträchtliche Anzahl bleibt sonach unter dem Existenzminimum, dessen errechnete Zahlen nicht stimmen können und allgemein angezweifelt werden, wodurch die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen veranlaßt wurden, beim Reichsarbeitsminister eine Forderung zu verlangen, damit die reichsstatistischen Zahlen mehr der Wirklichkeit angepaßt werden.

An diese zu niedrig berechneten Reichsziffern knüpfen nämlich die Arbeitgeber auch bei den Lohnverhandlungen an, daher kommt es, daß die Löhne trotz aller Bemühungen der Lohnverhandlungskommissionen von den Unternehmern so tief gehalten werden konnten. In den letzten Wochen mit der rasanten Teuerung mußte die bisher von den Arbeitgebern den Arbeitnehmern aufgezogene Lohnskala eine Katastrophe herbeiführen, wie wir sie in den Teuerungsumzügen vom Ruhrgebiet und von Sachsen wahrnehmen konnten. Die Einnahmen von Lohn und Gehalt können nicht mehr ausreichen, das knappste Leben zu fristen.

Auch die feinkeramische Industrie ist trotz bedeutender Leistungseigerungen der Beschäftigten bei dieser Latit geblieben und hat von den Goldgewinnen der Arbeiterschaft nichts abgelassen. Sie hat genau so wie ihre Kollegen der anderen Industrien einfach die Gesamtlohnsummen der Industrie errechnet und bei Erhöhungen einfach sich die Summen der Millionen vor Augen gehalten, die bei 10 Proz. Nichtbewilligung im ganzen erspart werden könnten. Das haben sie getan, trotzdem der Verkauf der Erzeugnisse zu hochvalutarischen Preisen ihnen noch überreichlichen Gewinn ließ, bei dem einige Papiermarkt Lohn mehr keine ausschlaggebende Rolle gespielt hätten. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, wie die Arbeitgeber bei Lohnverhandlungen den Forderungen der Arbeitnehmer entgegengetreten. Sie kommen mit den Durchschnittsverdiensten z. B. der über 24 Jahre alten Facharbeiter, die durch äußerste Kraftanstrengung ihre Leistungen auf 20-60 Proz. gegen 1914 gesteigert haben. Die von den Arbeitgebern errechneten Durchschnittsverdienste lassen dann erkennen, daß sie nicht einmal das Existenzminimum erreichen, das mit Recht als die Hungerlinie bezeichnet wird. Wohl gibt es einige Spitzenverdiener in den Betrieben,

die durch besondere Anstrengung und durch hervorragendes Geschick etwas über die Durchschnittssätze kommen, aber die große Mehrzahl der Beschäftigten muß sich mit Glendälöhnen abgeben lassen. Den Spitzenverdienern ist nicht etwa ein Vorwurf zu machen. Bedauerlich ist nur, daß die Unternehmer die Spitzenverdiener, die als Usnahmen ihrem ganzen Wesen nach betrachtet werden müssen, bei der Berechnung der Durchschnittslöhne mit einbeziehen, und sie so indirekt gegen ihre Arbeitskollegen ausspielen. Wie die einbezogenen Spitzenverdiener bei der allgemeinen Durchschnittslohnberechnung wirken, mag an einem Beispiel dargestellt sein. In einem Dreherpersonal sind zwanzig über 24 Jahre alte Dreher beschäftigt, bei denen nach dem gegenwärtigen Lohnabkommen eine Akkordbasis von 3037 M. zurunde liegt. Unter den 20 Drehern können z. B. 3 Spitzenverdiener (vielleicht auch eine gut eingearbeitete Kolonne) sein, die auf 80 Proz. über die Akkordbasis kommen, 7 dagegen nur auf 25 Proz. über die Akkordbasis, 5 erreichen sie und der Rest bleibt etwas darunter, und zwar kommt er auf 3000 M. in der Stunde. Das würde zahlenmäßig bedeuten, daß für die 20 Dreher ein Durchschnittslohn von 3657 M., also um 620 M. höher als die Akkordbasis, erreicht wird. Dieser Stundenlohn wird, nicht offensichtlich, mit den Tariflöhnen anderer Industrien verglichen und gilt als Normallohn (Existenzlohn), wobei drei Arbeiter das Lebensnotwendige, sieben das zum Hungern errechnete Existenzminimum für eine zweiföpfige Familie und zehn nicht einmal diese Hungerlinie verdienen. Und das wird bei Facharbeitern (Facharbeiterinnen), die durch Mehrleistung übermäßiges leisten, zur Anwendung gebracht. Die daraus entstehenden Wirkungen werden auch für die Arbeitgeber nicht erfreulich sein. Die für sie sehr einträgliche Akkordarbeit steht dabei auf dem Spiele. Ob die Arbeitgeber das noch rechtzeitig begreifen lernen?

In Anbetracht so schädlich wirkender Lohnmißverhältnisse ist es kein Wunder, wenn selbst bürgerliche Fachleute auf die wirtschaftlichen Gefahren hinweisen und warnend ihre Stimme erheben. In der „Frankf. Btg.“ macht Herr Dr. Ing. Brasch (Dresden) sehr bemerkenswerte Ausführungen über die „Substanzerhaltung der Arbeit“ und sagt darin, daß unsere Schätze nicht allein im Materialwert bestehen. Erst durch die Arbeitskraft, schreibt er, werden jene Arbeitsstoffe zu Faktoren unserer Wirtschaft und die nächste Forderung einer gesunden Haushaltführung muß sein, die Arbeitskraft ebenso vor dem Zusammenschrumpfen zu bewahren, wie den Arbeitsstoff. Unsere Unternehmer sollten diese Mahnung eines Fachmannes würdigen; denn ihre Lohnpolitik bewegt sich auch in dieser gefährlichen Richtung. Den Beschäftigten das zum Leben notwendige vorzuenthalten, muß dahin führen, die Schaffenskraft der überfleißigen Porzellaner zu lähmen und einzudämmen. Wie weit Deutschland schon auf dem Wege dahin ist, hat Dr. Brasch für das Allgemeine ganz richtig erfasst. Er erwähnt dazu: „Wir sind mitten im Abstieg, wir verschwinden unsere Volkskraft, wir zerstören die Blüte unserer Leistungsstärke, wir leben in vollen Zügen von der Substanz unserer Arbeitskraft.“ Das stimmt voll und ganz. In der feinkeramischen Industrie machen sich noch keine Anzeichen bemerkbar, daß eine Wendung zu erwarten ist. Die bisherige ungenügende Entlohnung zieht nach Dr. Brasch auch in unserer Industrie den leidlichen Kräfteverfall nach sich, der nach ihm die auffallendste Erscheinung im Habitus unserer arbeitenden Schichten ist. Der starke deutsche Arbeiterschlag — oft bis zur Fettleibigkeit wohlgenährt — hat einen neuen Typus verflümmert und nervöser Menschen Platz gemacht, aus dem nicht mehr ein Bruchteil der einstigen Leistungen herauszuholen ist, stellt er fest.

So schreiben einsichtige Männer, die wissen, woran wir krank sind. Es wäre höchste Zeit, daß auch die maßgebenden Kreise unserer Industrie vor der Auswirkung der Folger zur Einsicht kommen würden. Wir können für uns in Anspruch nehmen, rechtzeitig und oft genug darauf hingewiesen zu haben. Wenn es nicht gutwillig geht, den Arbeiterforderungen zu entsprechen, so werden die Verhältnisse noch ganz andere Opfer fordern. Die Zeit gibt uns recht.

In Anbetracht der Dinge hat die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie die Forderung auf Festsetzung wertbeständiger Löhne zu stellen, die auch Staatssekretär a. D. Professor Pirsch in seinen Vorschlägen im „Wiederaufbau“ als notwendig verlangt. Also wertbeständige Löhne und nicht Goldlöhne, wie der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband nach einer Zeitungs-

meldung bei der nächsten Lohnverhandlung zu fordern gedenkt, ist unsere Lösung. Selbst das Berliner kommunistische Organ, „Die rote Fahne“, schreibt in seiner Nummer 184: „Will die Arbeiterklasse nicht durch eine fata Morgana getäuscht und endgültig zu Boden geschlagen werden, so darf sie nicht denen Gehör schenken, die ihr heute einreden, mit dem Mittel der „Goldlohnrechnung“ oder der „gleitenden Skala“ werde alle Not ein Ende haben. Das Verlangen nach Zahlung der Löhne nach ausländischen Devisen würde, selbst wenn es möglich wäre, diesen Wunsch zu erfüllen, die Erledigung der deutschen Währung bedeuten, gleichzeitig das Ende der Selbständigkeit Deutschlands.“

Wir brauchen Löhne, die wertbeständig sind und dem Reallohn der Friedenszeiten gleichkommen. Die Wertbeständigkeit darf aber nicht ähnlich wie bei der verkrachten Marktstabilisierung auf Kosten der Arbeiterschaft herbeigeführt werden, dazu müssen vor allem die kapitalträchtigen Kreise die Opfer bringen. Dieser unserer Forderung müssen wir zum Siege verhelfen.

## Vor neuen gewaltigen Erschütterungen.

Am Anfang dieser Woche jagte der Dollar auf eine Höhe von über 160 000 hinaus, und damit stehen wir vor neuen gewaltigen wirtschaftlichen Erschütterungen. Angesichts dessen hätte man erwarten müssen, daß in der Frage der Bekämpfung der Spekulation am Devisenmarkt ganze Arbeit geschieht. Daß die Reichsregierung es hierin hat an Energie fehlen lassen, ist bekannt. Um so mehr aber richteten sich die Mäde der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der gegen die Mark gerichteten Erhebungen; dieser parlamentarische Ausschuss hat jetzt die erste Etappe seiner öffentlichen Sitzungen abgeschlossen und inzwischen die Vertretung beteiligter Behörden, der Reichsbank und der mit ihr zusammenarbeitenden Banken Mendelsohn & Co. vernommen. Der Erfolg war bisher ein durchaus negativer. Die Widersprüche, die sich aus der Auffassung der maßgebenden Stellen und ihrer Tätigkeit ergaben, trafen verstärkt in Erscheinung, anstatt beseitigt zu werden. Herr Hagenstein schreckte davor zurück, irgendwelches Einzelmaterial über die von ihm so schwer beurteilten Vorkäufe am Devisenmarkt herbeizuschaffen; offenbar aus Furcht, damit die von ihm so sehr geschätzten Führer der Privatwirtschaft und des Bankgewerbes zu belassen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die im Ausschuss in der Uebersicht sind, wetteiferten mit den Behördenvertretern und den Sachverständigen darin, die Erörterungen der Devisenkursereignisse auf das tote Geis allgemeiner theoretischer Fragen abzukübeln. So sind ganz wichtige Fragen ungeklärt geblieben. Warum hat die Reichsbank unmittelbar nach dem Marksturz am 18. April zusammen mit der Regierung erklärt, daß die Stützungsaktion mit allem Nachdruck weitergeführt werden wird, während wir jetzt bereits den fünfzähligen Dollarkurs von Anfang April vergeuden? Ist die Reichsbank und die Reichsregierung von der sturmartigen Nachfrage in diesen Wochen überrascht worden, wie es nach den Taten der Reichsbank und nach den Kundgebungen der Reichsregierung den sicheren Anschein hätte? Wenn das nicht der Fall ist, warum hat man nicht schon in den Tagen des März, wo nach der Aussage der Sachverständigen die Devisennachfrage bereits im Wachsen war, energische Maßnahmen zur Eindämmung der Devisenspekulation getroffen, anstatt, wie erst am 19. April, anzukündigen und am 12. Mai — zunächst auch nur auf dem Papier — in Kraft zu setzen? Viele und viele andere Fragen werfen sich auf.

Hierin, wie in der wichtigen Frage der Goldkredite, wo man diese Meinung offen aussprach, mußte man aus den Beratungen des Ausschusses den Eindruck gewinnen, daß man der Entwicklung viel lieber abwartend zusah, anstatt einzuschreiten. Die Sozialdemokratie hat seit längerem die Forderung erhoben, daß eine zentrale Devisenkontrolle eingeführt werde. Jetzt, wo die Forderung angesichts der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses immer zwingender wird, versuchen es die bürgerlichen Parteien mit einer regelrechten Entlastungs-offensive für die Devisenspekulation, indem sie ihre Beweisführungen immer wieder darin gipfeln lassen, die Abwärtsbewegung der Mark sei ja lediglich eine natürliche Entwicklung. Der Reichswirtschaftsminister Becker vertieg sich sogar im Reichstag zu der Aufstapelung von Devisen entstanden sei, sei höher einzuschätzen, als der Verlust, den der Steuerfiskus vielleicht bei derartigen Manipulationen erleiden habe. In Wirklichkeit handelt es sich nicht so sehr um die Verluste des Steuerfiskus, obwohl über sie auch manches zu sagen ist, was Herrn Becker widerlegt. Wesentlich gefährlicher sind die volkswirtschaftlichen Verluste, die dadurch entstanden sind, daß durch das Aufkaufen von Exportdevisen im Ausland und durch den Erwerb ausländischer Werte ohne wirtschaftliche Notwendigkeit das Defizit der Zahlungsbilanz noch wesentlich erhöht wurde. Der Reichsbankpräsident selbst schätzte den Besitz der deutschen Wirtschaft an fremden Devisen auf etwa 2 Milliarden Goldmark. Diese Schätzung ist fraglos zu tief gegriffen. Aber nehmen wir selbst an, daß sie richtig sei, so muß man davon ausgehen, daß wir im Jahre 1920 einen sehr starken Rückgang der Devisenkurse während der Monate März bis Mai erlitten, der damals viele Devisenhamster veranlaßt hat, ihren Besitz abzugeben. Wie groß damals die Devisenverkäufe gewesen sind, dafür gab der Reichsbankpräsident selbst ein Beispiel, indem er erklärte, daß in den fraglichen Monaten die Reichsbank rund eine halbe Milliarde Goldmark an Devisen aufgekauft hat. Man wird also nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der wesentliche Teil der Devisenvorräte, die jetzt vorhanden sind, erst später aufgesammelt wurden. Mit anderen Worten heißt das, daß in der Zeit von Mitte 1920 bis Ende 1922 das Defizit der Zahlungsbilanz insgesamt um 2 Milliarden, also im Jahre um 0,8 Milliarden Goldmark erhöht worden ist, daß künstlich



und ohne Not um diesen Betrag die Devisenfrage gesteigert worden ist, sei es durch verstärkten Bedarf oder durch Zurückhaltung des Angebots. Nun schätzt man den Uberschuß der Wareneinfuhr über die Warenausfuhr auf 2,2 Milliarden Goldmark jährlich. Diese Zahl wird mit Recht vielfach angezweifelt, aber wieder unter der Voraussetzung, daß sie richtig wäre, würde die Gegenüberstellung bereits zeigen, daß ein Drittel des Defizits unserer Handelsbilanz mit den Devisen hätte abgedeckt werden können, die jetzt sich in Privatbänden befinden, wären diese dem Reiche zur Verfügung gestellt worden. Das Defizit der Zahlungsbilanz geht freilich über das Defizit der Handelsbilanz hinaus, weil erstere noch durch die Reparationszahlungen in bar und in natura stark belastet ist. Immerhin zeigen schon die erwähnten Zahlen, daß eine energische Devisenpolitik dieser Devisenhamsterei entgegenwirkt, sehr wesentlich zur Entlastung der Mark hätte beitragen können.

Gegen eine Zentralisierung des Devisenverkehrs ist neben anderen technischen Gründen auch der geltend gemacht worden, daß eine Devisenzentrale einen Apparat von 2000 bis 3000 Personen erfordern würde, der schwierig zu beschaffen und kostspielig zu unterhalten wäre. Wie wenig stichhaltig dieser Einwand ist, zeigen folgende Erhebungen: Nehmen wir selbst an, daß ein Personalapparat von 3000 Personen notwendig wäre, die im Durchschnitt jeder das staatliche und heute selbst von hohen Beamtencategorien nicht erreichte Gehalt von 4000 Goldmark jährlich beziehen würden, so kommt man zu einem Aufwand von 12 Millionen Goldmark jährlich. Allein dadurch, daß rund 500 Millionen Goldmark deutsches Vermögen in fremden Noten, also zinslos angelegt sind, entgehen der deutschen Volkswirtschaft jährlich Zinsbeträge von 20 bis 30 Millionen Goldmark. Also schon, wenn es gelingen würde, nur einen wesentlichen Teil dieser Kaufkraft in fremder Währung der deutschen Volkswirtschaft in der Zeit ihrer größten Not zuzuführen, wären die Kosten einer Devisenzentrale reichlich gedeckt.

Es ist notwendig, auf diese Art die Reaktionsargumente auf ihr richtiges Maß zu reduzieren, wenn man sich auch darüber keine Illusion hingeben darf, daß die technischen Schwierigkeiten der zentralisierten Zentralisierung außerordentlich groß sind. Die Gegenüberstellungen sollten aber zeigen, daß bei einem Willen zu tatkräftigem Vorgehen ein wesentlicher Teil derjenigen Schwierigkeiten nicht unüberwindlich ist, die man so gern gegen die Forderungen der Sozialdemokratie aus lauter Liebe zum Privatkapital ausspielt.

Inzwischen hält die Teuerung an. Unaufhaltsam rücken die Preise derjenigen Waren, die, sei es durch behördliche Regelung oder infolge der geschwächten Kaufkraft des inländischen Marktes, hinter den Warenpreisen des Weltmarktes noch einigermaßen zurückgeblieben sind, den Weltmarktpreisen nach. So wurden mit dem 15. Juni die Kohlenpreise um rund 50 Proz. erhöht, und selbst der lange niedrig gehaltene Brotpreis stellt sich durch langames Steigen allmählich auf das Niveau ein, das er nach der von den bürgerlichen Parteien beschlossenen Aufhebung der Getreidebewirtschaftung innehaben muß. Widerbefähigung und Preisüberwachung können, so sehr man ihre scharfe Anwendung wünschen muß, die Gesamtentwicklung der Entwicklung bei grundsätzlich freier Wirtschaft nicht aufhalten. Es kommt daher jetzt doppelt darauf an, daß alles getan wird, was den weiteren Verfall der Mark wenigstens verlangsamten kann. Noch wichtiger und dringender zu wünschen ist aber, daß bald eine Verständigung über die Reparationsfrage erfolgt, die zugleich gelündere Währungsverhältnisse schafft.

### Die Frage der Goldlöhne.

Automatische Angleichung der Löhne an die Teuerung durch gleiche Lohnstufen und Festlegung von Goldlöhnen.

Die wachsende Teuerung und der berechtigte Schrei der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen hat die Redaktion der Zeitschrift „Klode“ zu einer Umfrage über das Teuerungs- und Lohnproblem bei einer Anzahl Parteien, Gewerkschaftsführer und Verbandsleiter. Die genannte Redaktion hat namentlich auch um Beantwortung der Frage gebeten, wie weit eine automatische Angleichung der Löhne an die Teuerung durch gleiche Lohnstufen, Festlegung von Goldlöhnen und ähnliche Mittel nach Ansicht der Beiräte möglich sei. Aus den eingegangenen Antworten sind mehrere in der „Klode“ veröffentlicht. Der beschränkte Raum unserer „Klode“ gestattet leider nur die Wergabe kurzer Auszüge aus den sehr beachtenswerten Ausführungen über diese zeitgemäßen, alle Lohn- und Gehaltsempfänger interessierenden Fragen.

Als erster nimmt Robert Schmidt, der frühere Reichsfinanzminister, das Wort. Er führt u. a. aus:

„Während die führenden kapitalistischen Kreise immer mehr dazu übergehen, ihre Gewinne in Gold umzurechnen, um damit den Gewinn des Unternehmens recht dürftig erscheinen zu lassen, ist man einer Berechnung der Löhne auf gleicher Basis abgeneigt.“

Bei dem enormen Marktwert, dem die Lohnbewegung nicht im gleichen Tempo folgte, trat das Verlangen immer mehr in den Vordergrund, die Löhne mit der Entwertung der Mark in einem engen Zusammenhang zu bringen. Die fortgesetzten Lohnbewegungen sind keine Annehmlichkeiten für die Gewerkschaften. Sind die Gewerkschaften stark genug, einen Goldlohn auf einer gewissen Höhe zu halten, so kann der Lohn in Papier ausgedrückt die Höhe einer bestimmten Lebenshaltung sichern. Nebenbei wäre es, den Lohn am Dollarstand zu messen, denn der Rückgang im Kurs würde eine Lohnminderung bedeuten, die mit dem Preisabfall der Waren, der sehr viel später nachhinkt, nicht vereinbar ist. Der Maßstab der Indexziffer verleiht den Vorkurs, weil er eine Preisänderung auf dem Warenmarkt bereits als vorhanden feststellt.

Dazu kommt, daß wir mit unseren Preisen für Waren, für die inländische Rohstoffe verwendet wurden, unter dem Dollarstand bleiben. Das würde ausführen, sobald die Löhne automatisch dem Dollar folgen, denn die Rückwirkung auf die Preise würde im gleichen Tempo einleiten.

Nicht zu verlernen ist die Wirkung auf den Export unserer Waren. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß wir zu Warenpreisen kämen, die den Weltmarktland eher überbieten, als sich unter der Grenze halten, was überhaupt nochmals eine starke Preiswelle einleiten würde. Aber es kann mit einem gewissen Recht gesagt werden: Weßhalb sollen wir als Lohn- und Gehaltsempfänger zurückbleiben, während doch kapitalistische Kreise von solchen Nennungen durchwegs frei sind?

Hiemlich der gleichen Ansicht wie Robert Schmidt ist auch Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Leipart stellt zunächst fest, daß die Wochenlöhne bei weitem nicht in dem Maße gestiegen sind, als die Preise. Die Lage der Arbeiter werde damit unerträglich, und eine schnelle und ausreichende Steigerung der Löhne sei unbedingt notwendig. Wörtlich heißt es dann:

„Wenn diese Lohnminderung sich nicht sehr bald sollte durchsetzen lassen, dann werden alle die Folgen mit unerträglicher Notwendigkeit eintreten, die ein bis zur Unerträglichkeit gesteigerter Druck auf die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes hervorzubringen muß.“

Die sich immer mehr durchsetzende Einstellung der Wirtschaft auf Goldrechnung, das immer schnellere Herantreiben aller Preise an den Dollarstand legt den Arbeitern nahe, auch ihrerseits Goldlohn zu fordern. Käuft die Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Weg weiter der Goldrechnung zu, so wird den Arbeitern nichts anderes übrig bleiben, als die allgemein wieder geübte Goldrechnung auch auf den Lohn anzuwenden. Solange aber die deutsche Wirtschaft, wenigstens im Kleinhandel, noch nach Papiermark rechnet und nicht alle Schwankungen der Welta nachweislich mitmacht, wird zum Anzeichen des Lohnes an die fortschreitende Entwertung der Mark ein anderer Maßstab ins Auge gefaßt werden müssen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich eine Indexziffer und eine Methode der Lohnregelung finden ließe, die es den Gewerkschaften erpartete, immer wieder leblich zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des durch die Preissteigerung gesunkenen Reallohnes in Lohnkämpfe eintreten zu müssen. Eine solche Indexziffer müßte aber in möglichst schneller Folge die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung voll zum Ausdruck bringen.“

Mit allem Nachdruck hebt Leipart zum Schluß seiner Ausführungen hervor, daß der Arbeiter sich keinesfalls ein für allemal mit dem als Grundlohn angesehenen Reallohn zu begnügen hätte. Vielmehr müßte es ihm unbenommen bleiben, zu bisher um seine Verrückung in der Wirtschaft zu kämpfen.

Marie Juchacz äußert sich gleichfalls zu der Frage des Goldlohnes. Sie läßt zunächst wie ein expremtes Film-drama das Arbeiterleben am Auge vorbeiziehen und sagt dann:

„Der Reallohn einer großen Arbeiterschaft reicht nicht zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Die letzte Markentwertung hat bei allen Lohnarbeitern ihre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit gefährdet, womit sich die Frage nach der Notwendigkeit einer ganz erheblichen Erhöhung von selbst bejaht.“

Weite Schichten der Lohnarbeitenden Klasse stehen wochenlang unmittelbar vor Verzweiflungsausbrüchen, die — wenn sie sich entladen — zum Bürgerkrieg, zur gegenseitigen Zerschlagung der Arbeiterschaft und zum Verfall des Reiches führen müssen.“

„Eine automatische Angleichung der Löhne an den Marktwert wird erfolgen müssen, wenn die Katastrophe vermieden werden soll.“

„Ja, die automatische Angleichung der Löhne muß erfolgen. Dieser Ansicht sind auch wir, und mit uns stehen alle Kollegen und Kollegen unseres Verbandes.“

### Lohnpolitik und Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner jüngsten Sitzung einnehmend mit der Frage der Sicherung der Löhne gegen die Entwertung durch Wertverlust und Teuerung beschäftigt. Er beschloß, diese Frage zum Gegenstand gemeinsamer Verhandlungen und Schritte der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu machen. Die Gewerkschaften werden ersucht, diese Ausgestaltung der Lohnpolitik zu prüfen und durch Erörterung in der Arbeiterpresse einer Klärung entgegenzuführen. Eine endgültige Entscheidung über die Frage soll in der nächsten Bundesausschlußsitzung gefaßt werden.

### Unsere Bahnhöfe zur Frage der Goldlöhne.

In den Bahnhöfen des Porzellanarbeiterverbandes hat bereits eine eifrige Besprechung der künftigen Lohnpolitik eingeleitet. So befaßte sich u. a. die Bahnhöfe Spandau in ihrer letzten Versammlung mit dieser Frage und faßte folgende Entschlüsse:

Die Verfassung der Bahnhöfe Spandau nimmt Kenntnis von dem Lohnabkommen vom 4. Juni 1923 und ist infolge der sprunghaft steigenden Teuerung sehr enttäuscht. In Anbetracht dessen, daß die Lebenshaltungskosten um das 1200fache gestiegen, die Löhne dagegen nur um das 4000- bis 5000fache, verschlechtern sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr, so daß Erbitterung und Empörung immer weiter um sich greifen. Die Kollegen sehen das Wesen des Hungers und Jammers immer näher an sich herantommen; sie fühlen durch die dauernde Unterernährung ihre Kräfte schwinden. Wir ersuchen den Hauptvorstand, bei den nächsten Lohnverhandlungen dahin zu wirken, daß die Lohnabkommen möglichst nach Goldwährung abgeschlossen werden und die Arbeitgeber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß infolge der Tatsache, daß die Waren nach Goldwährung verkauft werden, es wohl recht und billig wäre, auch die Lohnabkommen nach Goldwährung abzuschließen. Ferner beantragen wir, die sozialen Zulagen zeitensprechend umzugestalten.

Auch die Bahnhöfe Rahlta nahmen zur gleichen Frage Stellung und beschloß:

„Der Vorstand wird beauftragt, im Vorstand des ADGB mit allen Kräften dahin zu wirken, daß eine Verzinsung der gesamten deutschen Arbeiterschaft nach dem Goldstand der Mark erfolgt.“

### Konferenz der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

(Fortsetzung.)

Der Vertreter der Tschechoslowakei, Genosse Palme, führte in seinem Bericht u. a. aus: Der Mitgliederstand des österreichischen Keramarbeiterverbandes im Jahre 1912 betrug in 56 Bahnhöfen 3555 Verbandsangehörige; 1914 waren es 4985 in 71 Bahnhöfen. Im Vermögen war vorhanden 135 865,63 Kronen. Der Krieg brachte Verheerungen für die Organisation; sie hatte 1917 nur noch 1715 Mitglieder. Im Jahre 1920 wurde, ohne die österreichischen Kollegen, die Höchstzahl der Mitglieder erreicht, und zwar mit 17 743 in 99 Bahnhöfen. Die darauf einsetzende Krise brachte einen Mitgliederrückgang. 1922 waren noch 14 207 und 1923, zur Zeit des Berichtes, 10 000 im Keramarbeiterverband der Tschechoslowakei organisiert. Auch die Spaltung in eine rein nationale tschechische Organisation und eine solche der Moskauer Richtung hat sehr zur Schwächung der organisierten Keramarbeiter der Tschechoslowakei, in der auch die Kaschun, Feintön- und Chamottearbeiter einbezogen sind, beigetragen. Die Organisation ist in der Krisenzeit eine außerordentliche Hilfe für die Mitglieder gewesen. Sie gewährte im Jahre 1922 228 269 Kr. an Arbeitslosenunterstützung, 74 679 Kr. an Beihilfen, 17 970 Kr. an Sterbegeld und 4638 Kr. an Ueberbedeckungs- und Fahrtkosten. Im Widerstandsbetrag die Ausgabe 228 737 Kr.

Der Abschlußtag ist in der Tschechoslowakei gefeiert. In den letzten Jahren war die Keramarindustrie aber so gering beschäftigt, daß nicht einmal acht Stunden täglich gearbeitet werden konnte. Die Krise hält zur Berichtszeit noch an. In

Jacques Tillet-Frankreich gab dem Abend den inneren Höhepunkt. Kein Wunder, wenn sich die Dinge heute um das Ruhrland drehen. Kein Wunder, wenn sich der Weifall zur Demonstration für eine deutsch-französische Arbeiterverbänderung steigerte, als Freund Tillet (mit dem Temperament seiner Klasse) die Ruhrbesetzung gefielte. Sein Abgang von der Rednerbühne war glänzend. „So heiß unser Herz glüht, so rot unser Blut fließt, so heilig sei unser Schwur (mit einer Bewegung auf das rote Banner im Hintergrund): Proletarier, aller Länder, vereinigt Euch!“ Das waren seine Schlussworte. Der Vorstand der Berliner, Burmann, drückte ihm darob die Hand. Und es überkam es dem Ruhrbruder jenseits vom Rhein und er umarmte den deutschen Kollegen mit einem Bruderkuß. Wer mitfühlernder Zeuge dieser Vorgänge war, der befreit, warum manches Volkshers ergriffen war. Ich habe in diesem Moment ernste Männer gesehen, erprobt im Ringen der Arbeiterbewegung, die sich verflochten die nassen Augen wuschtem ... Den Reigen der Delegierten schloß würdig und klug unser alter Kollege C l o w e s aus England. Er sagte offen aus, der Völkerverbund sei unerschütterlich, und forderte Deutschlands Eintritt. Die Ruhrbesetzung zeitigte nur einen Herd neuer Kriege. Der Deutsche W o l l m a n n zog die Quintessenz des Abends.

Mein Notizzettel verzeichnet folgende, ziemlich wortgemäße Hauptfakten: Dieser Abend hat unsere Herzen gehoben über den Altag hinaus. Schon rein gefühlsmäßig hat er uns erquickt. Wir erleben die Fortsetzung der Internationalen. Darnach kann für die Arbeiterklasse keine Rede von Chauvinismus sein! Bieten wir die Zusammenarbeit: Wenn unsere Begeisterung e ch t war, — hat sie auch Raum für praktische, reale Nachhaltigkeiten? Einig e i t haben die Ausländer gerufen. Niemandes gilt dieses alte Mahnwort: einbringlicher, als für unsere Kollegen s ch a f t i m d e u t s c h e n L a n d ! Das sei unsere Lösung. Bekämpfen wir den Zweifel, lernen wir uns gegenseitig geistig zu verstehen und zu achten. Allenal sind wir nun einmal Arbeiter und wollen nichts einfaß res und nichts gewaltiges als — das G l e n d a u s d e r W e l t z u s c h a f f e n !

Den obigen Schlussworten des Porzellanergenerals will der Schreiber dieses Heftlebens nichts zuführen. Aber warum hat der Kerl eigentlich zuerst den alten Plato zitiert? Nun — er hat's getan an die Adresse derer, die ob dieser internationalen Lage mädeln und nörgeln, die über die philisteriösen Begriffe ihres Horizontes nicht hinauskommen, die schwächlich über diese Lage gelächelt haben, weil sie den ibleen, den geistigen Wert, ihren Pionierdienst an der Zukunft nicht verstehen wollen oder können. Sie allein mögen ehrlich nachdenken über Platons Wahrheit. Bei unseren erlebtenen Feststellern aber wird dieser Abend fortleuchten, vornehmlich auch im Paradies ihrer Erinnerung. P l a u s R o g n a t.

### Was das Herz empfand ...

Ein Epilog zum Empfangsabend des 4. Internationalen Keramarbeiter-Kongresses.

Der alte griechische Leidwiser und Philosoph Platon spricht in seinem Phaidon von Männern, die durch Enttäuschungen menschenfeindlich geworden sind und findet die tiefen Sätze: „Es ist schlimm, seine Mitmenschen gering zu achten. Schlimmer aber ist es, die Herrunft und das Ideal gering zu achten!“ Seitdem der weiße Grieche vor über 2000 Jahren verstummte, hat die Erde neue Männer des Geistes gesehen, die — durchdrungen von dem Wissen ihrer Vorgänger — neue Wege der Erkenntnis schlugen; Bausteine an Bausteine setzten zum Tempel der Wahrheit.

Die machtgebenden „Kräfte“ der Neuzeit haben von den Segnungen edler Geister nichts gelernt oder verstanden. Europa, altes Kulturland, sucht unter den Wahnwahnsgewirren eines nun Geschichte gewordenen Weltkrieges! Rationalitätenhaß — künstlich gelehrt — hindert die Seilung der Kriegsnarren. Die produktiven Kräfte des Lebens, die geistigen und physischen Arbeiter darben im Glend. Leuchtet kein Morgenlicht in die Finsternis dieser Erdendekade?

Verzeih mir, Porzellaner Kamerad, wenn ich mit den obigen Hinweisen ein wenig ausschweife: wenn ich mich eingangs speziell auf den guten Platon beziehe, um — kritische und wegweisende Folgerungen zu ziehen zu einer Abendstunde, wo an s l a n d i s c h e P e r s e l l e n e r, Berufscollegen, unter den „Wohes“ w e i t e r und sich als M e n s c h e n g a b e n .

Vor kurzem erst war in H a m b u r g eine große Führerkonferenz gewesen, wo sich alles — was sozialistisch denkt und fühlt — trat, um programmatisch Fühlung zu nehmen zu den Räten der Völker. In ähnlicher Tendenz hatte sich bekanntlich in der ersten Juniwöche auch die Internationale junger Keramarbeiter, die uns Keramarbeiter beruflich und gewerkschaftlich interessiert. Serdboten aus Dänemark, Holland, der Tschechoslowakei, Frankreich und England waren in der und die hiesige Bahnhöfe Berlin-Charlottenburg bereitete über einen „Empfangsabend“. Es ist wert, sich feruletonistisch darüber auszusetzen. Des eingangs erwähnte Griechewort aber sei — vom gefühlsmäßigen Gesichtspunkt aus gesehen — in ruhiges Kampfbewußt meiner Betrachtungen und ein Mahnwort für die, die dieses nicht verstehen wollen ...

Die schlichte Speisekarte der ehrwürdigen Berliner Staraemmanufaktur war in „guten, alten“ Zeiten mehr ein Festschmaus als ein Mahl. Die Herren, die in der Billardkammer saßen und konventionelle Tagesreden plätierten harmlose Reden. Da war es für den Wäffer ihrer Geschichte eine nachteilige Wandlung, als sie am 4. Juni innerhalb ihrer Wäffer internationalen Arbeitervertreter im Rahmen einer ungewöhlichen Fester sah. Ja, lieber Leser, eine festlich gestimmte Ver-

sammlung war beisammen, und sogar die fernen Deltower hatten eine Abordnung entsandt. Wenn nun gar mancher die weiten Tischstühle bemühte oder sich den Ort in festlicher Aufmachung ausmalte ... der Deutsche Wollmann gab die Antwort: Wir sind ein armes Land, aber unsere Herzen sind reich und voller Heftigkeit.

Der Sinn dieser Worte wird bei den Ausländern nicht seine Wirkung verfehlt haben.

Deutsche Volkslieber haben sie Euch gesungen, Arbeitsbrüder der großen und kleinen Entente, Genossen aus Holland und Dänemark! Vielleicht mög ein resoluter Politikus diesen Chorgefang als „sentimental“ belächelt haben. Die Absicht war ehrlich Anzuehnen, denn wir wollten den Internationalen durch die Gefühle, die aus den Melodien der alten Weisen glühen, zeigen: „Sehet — so kindlich, so liebevoll, so ra-man-lich empfinden diese deutschen Arbeitstiere, wenn sie in ihren Familien sitzen, in ihren Kunstvereinen und — sich nicht mit weltfremder Politik befaßen!“ ... Spricht doch gerade das deutsche Volkslieber für die deutsche Mentalität der schlichten Volkswaise. Pulst doch hier — unbeeinträchtigt von Polizeistoppel und Hurra-gebrüll — die Seele der heimatlichen Landchaft in ihrer weichen Schönheit, so wie sie ein Hans Thoma, ein Morik von Schwind, ein Ludwig Richter in Meisterbildern der Nation darboten. ... das Wort „Kollekt“ sei hier betont, haben wir auch Volkslieber gesungen.

Die Stimmung im Saal wüch, als die fremdsprachigen Redner den das Wort ergreifen.

Der Herr Fleb in spricht unter dem Rednerpult in seiner Muttersprache. Ruhig und sachlich fordert er den Ausbau unserer Bestrebungen, bis das Ziel erreicht ist. Einen wehen Anterton haben die Ausführungen des deutschen Kollegen P a l m e aus der Tschechoslowakei. ... Mit degenen Worten ringen die Schöne tschechischer Charakter auf. Aber Palme ist Sozialist, und sein Gruß treuer Kameradschaft, sein Appell des „Kampfens“ mög manchen Zuhörer die Gewißheit gegeben haben, daß hier ein ergaunter Pionier den Weg nicht aus den Augen verliert.

Ein freundliches Intermezzo blinkt mit dem Gebatter aus Delt (Holland) auf. Dieser Schelm! In deutschen Sätzen der Leugner er lächelnd seine Kenntnis der deutschen Sprache. Aber der Senior Wollmann kennt den Vogel, ist unerbittlich und richtig — Genosse P a a r t befreit der Verarmung eine interessante Ansprache in fast klarem Deutsch. Als er gar das Bekennnis ablegt, daß er kein Deutsch der fleißigen Lesarten der „Anzeige“ verdammt, würde ein Stenogramm „Bewegung im Saal“ bezeichnet haben. In der Tat: Dieser geistige Sieg des Niederländers sollte uns ein Ansporn sein, in unserer Art sich lernend zu betätigen!



einem Zeitraum von drei Jahren wurden vom Verband elf Kollektivverträge und 10 Einzelverträge abgeschlossen, welche fast die ganzen Arbeiter und Arbeiterinnen der Keramikindustrie umfassen. Streiks wurden 7 geführt und Ausperrungen 6 ausgeführt. Vor allem bei den im Jahre 1922 eintretenden Lohnüberhebungen ergab sich der große Wert der Organisation, weil dadurch sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eingedämmt werden konnten.

Der erste Kriegswinter war der schlimmste aller Kriegsjahre gewesen. Die Not war furchtbar, was den Keramarbeiterverband veranlaßte, im Einvernehmen mit den Behörden, Gemeindevätern und Arbeitgeber, eine Notstandsaktion einzuleiten, um die Kollegen und Kolleginnen vor dem nackten Verhungern zu schützen.

Die Beiträge für den Verband werden in fünf Klassen erhoben. Die höchste Klasse entrichtet in der Woche 6 Kronen, die niedrigste 1,50 Kronen, was fast zwei Stundenlöhne ausmacht.

Das Fachblatt der tschechoslowakischen Organisation ist der „Keramiker“ und erscheint in einer Auflage von rund 1100 Exemplaren.

Der Verband der Keramarbeiter hat eine schlimme Krisenzeit überstanden und sich bestens bewährt; er wird auch die Schwierigkeiten in den eigenen Reihen zu überwinden wissen zum Wohle der gesamten Keramarbeiterchaft.

Von Frankreich berichtet der Genosse Lisset, daß die französische Organisation „Fédération Nationale de la Céramique“ die Porzellan-, Fayence-, Töpfer- und Ziegelerbeiter umfaßt. Von letzteren sei ein Teil bei den Bauarbeitern organisiert. Der Verband hatte vor dem Kriege 3200 Mitglieder, darunter 1800 Porzellanarbeiter, 950 Fayencenarbeiter, 200 Töpfer und 200 Ziegelerbeiter. Nach dem Kriege nahm die Bewegung einen Aufschwung. Neue Gebiete konnten erschlossen werden, so daß 1921 in 36 Filialen 12.000 Mitglieder in der genannten Organisation vereinigt waren. Es herrschte reges gewerkschaftliches Leben. Im Jahr darauf waren aber durch verlorene Streiks neue Raststellen abgesprungen. Darauf legte auch der allgemeine Abstieg ein, veranlaßt durch den Richtungsstreit Moskau oder Amsterdam. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, die Zersplitterung des Verbandes war die Folge und die Unternehmer wurden dadurch wieder in die Lage versetzt, ihre alte Herrschaft auszuüben. Von der zerschlagenen Keramarbeiterorganisation sind nun zwei Teilmomente übrig geblieben, der alte Verband ist mit 12 Filialen und 2000 Mitgliedern übrig geblieben, während die Richtung Moskau mit 8000 (?) Anhängern prahlt. Das Endergebnis ist also: Die Einheitsorganisation ist zerschlagen. Von den 12.000 Organisierten ist ein kleiner Rest übrig geblieben, der in Anbetracht der 25.000 bis 27.000 Beschäftigten infolge seiner Trennung und Selbstbelämpfung keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen kann.

Die Beitragszahlung geschieht monatlich, und zwar werden 50 Centimes bezahlt, von denen 30 für den Verband und 20 für die Streikklasse bestimmt sind.

Der allgemeine Stundenlohn beträgt 2½ Francs. Es werden 48 Stunden in der Woche gearbeitet. In den Hauptorten, in denen ein größerer Teil der Beschäftigten organisiert ist, werden auch Tarife zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern abgeschlossen.

Der seit 1919 bestehende Achtstundentag wird von den Arbeitnehmern heftig bekämpft. Sie versuchen auch ihn zu durchbrechen. Verlangt wurde von ihnen, daß die Festtage mit 104 Arbeitsstunden im Jahr nachgeholt werden sollen. Dann sollen noch Ausnahmen auf 150 Überstunden zugelassen werden, wodurch die Unternehmer 254 Arbeitsstunden gewinnen und die Arbeitnehmer sie verlieren würden. Das Arbeitsministerium steht dem Verlangen der Arbeitgeber sympathisch gegenüber. Für die Arbeiter würde es jedoch die Einführung des Neunstundentages bedeuten. Sie haben alle Kräfte anzuspinnen, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren, die als Begründung angeben, das Bestehen des Achtstundentages hätte eine Senkung der Produktion mit sich gebracht. Die Regierung ist vorläufig nicht auf die Wünsche der Unternehmer eingegangen und hat ihnen empfohlen, durch Verbesserung der maschinellen Einrichtung die Produktion zu heben. Die Industrie war in den Nachkriegsjahren gut beschäftigt und konnte ungehindert arbeiten.

### Erwerbslosenunterstützung vom 4. Juni an.

Die Bemühungen des Vorstandes vom ADG um eine Anpassung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen an die Teuerung haben den Erfolg gehabt, daß sowohl Reichsrat und Regierung beschließen haben, die Unterstützungssätze erneut zu erhöhen. Nichtwährend vom 4. Juni soll der tägliche Unterstützungssatz betragen:

	Ortsklasse			D/E
	A	B	C	
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	5000	4650	4300	3950
ohne eigenen Haushalt	4400	4100	3800	3500
unter 21 Jahren	3050	2850	2650	2450
weibliche Personen über 21 Jahre m. eigen. Haushalt	4400	4100	3800	3500
ohne eigenen Haushalt	3650	3400	3150	2900
unter 21 Jahren	2750	2550	2350	2150
Zuschuß für Ehegatten	1850	1750	1650	1550
„ Kinder und sonstige unterhaltungsbedürftige Angehörige	1450	1350	1250	1150

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

	Ortsklasse			D/E
	A	B	C	
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	30 000	27 900	25 800	23 700
ohne eigenen Haushalt	26 400	24 600	22 800	21 000
unter 21 Jahren	18 300	17 100	15 900	14 700
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	26 400	24 600	22 800	21 000
ohne eigenen Haushalt	21 900	20 400	18 900	17 400
unter 21 Jahren	16 500	15 300	14 100	12 900

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

„ für ein Ehepaar	41 100	38 400	35 700	33 000
Ehepaar mit 1 Kind	49 800	46 500	43 200	39 900
„ „ 2 Kindern	58 500	54 600	50 700	46 800
„ „ 3 Kindern	67 200	62 700	58 200	53 700

„ bis zu den Höchstbeträgen.

Diese Sätze finden auch Anwendung bei der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung. Diese beträgt die Differenz zwischen dem Unterhaltssätzen der obigen Sätze und der Hälfte des Arbeitsverdienstes des Kurzarbeiters.

### Der Unternehmerkampf gegen den Achtstundentag.

Wenn irgendbarm handelt, Material gegen den Achtstundentag herbeizuschleppen, da laufen die Herren Unternehmer meilenweit, um in den Besitz von solchem Material zu kommen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ hat jetzt in der in Wien erscheinenden Wirtschaftszeitung „Die Arbeit“ einen Artikel von Dr. Arnold Madle entdeckt, aus dem das Blatt folgenden Absatz abdruckt, um damit die Notwendigkeit des Achtstundentages zu beweisen:

„Auch die anscheinlichste Heranziehung von Produktionskapital, die bedeutendsten technischen Neuerungen bleiben wirkungslos, wenn die Maschinen wegen einer zu kurzen Arbeitszeit ihre volle Wirkung nicht entfalten können. Es ist ein großer Unterschied, ob der technische Produktionsfaktor, das Kapital, durch acht oder beispielsweise durch zehn Stunden täglich in Betrieb gehalten wird. Die enormen Werte unserer Betriebsanlagen wollen bezahlt und amortisiert sein, und je kürzer die Arbeitszeit ist, desto länger liegen sie brach und desto größer wird der Anteil an den hierzu nötigen Aufwendungen, mit dem jede Arbeitsstunde belastet ist.“

Die allgemeine Betriebskrise erfährt durch eine Erhöhung der täglichen Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden keine wesentliche Erhöhung. Daraus ergibt sich wohl mit aller Deutlichkeit, daß, auf die Einheit des Produktes berechnet, die den Anteil der Lohn- und des Kapitals darstellenden Kosten bei längerer Arbeitszeit und wesentlich verringert werden und hierdurch eine namhafte Senkung der Produktionskosten eintritt. Dann werden unsere Produkte im Auslande ihre Konkurrenzfähigkeit wieder gewinnen, der Absatz wird wieder steigen und Kurzarbeiter und Arbeitslose werden wieder volle Beschäftigung und genügenden Lohn finden. Hand in Hand mit diesem Ausblühen unseres Erwerbslebens wird der das Volkvermögen verzehrende Mehrverbrauch ein Ende finden und aus unserer Erzeugung der ausreichende Lebensunterhalt unseres Volkes gedeckt werden können.“

Also würde die Menschheit in Herrlichkeit und Frieden leben können, wenn es nach Dr. Arnold Madle ginge und an Stelle des Achtstundentages der zehn- oder zwölfstundentag gesetzt würde! Wenn uns die Unternehmer das weismachen wollen, dann mögen sie doch gefälligst zunächst dafür sorgen, daß in allen jenen Betrieben, die wo in der Woche nur drei Tage und weniger gearbeitet, die volle Stündige Beschäftigung durchgeführt wird.



### Arbeit und Frieden.

Unsere Zeit ist zu Träumen und weicher Schwermut bereift. Alle Stunden sind von Klage und dunklem Jammer erfüllt. An tausend Tagen werden tausend neue Götter enthüllt. Aber: Nur die Hämmer der Arbeit schmieden die neue Zeit.

Nur wenn aus der Arbeit den Völkern der Frieden blüht, ist das hoffende Wort vom Glück kein leerer Schall. Nur wenn aus dem Frieden über das ganze Erdenall endlich die Sonne der brüderlich-gütigen Liebe glüht,

reißt sich der Mensch an der Nacht seiner Knechtung frei. Haltet die Fäuste fest um Hammer und Pfug! Es sei des Hassens und Dehens und Härmens genug! Zwingt den Tag der Befreiung herbei!

Es wanken die Mauern dieses und jenes Staats. Das Weltgebäude kracht noch in blutigem Feuerschmel. Aber das neue Menschenreich bauen allein Die schaffenden Fäuste des Proletariats! Hans Gathmann.



### Konsumgenossenschaftliche Leistungen und Notwendigkeiten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg kann im Jahre 1924 auf eine für die organisierten Verbraucher erfolg- und lebensreiche 30jährige Tätigkeit zurückblicken. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich die Großeinkaufsgesellschaft während dieser Zeit zu einem führenden und größten Handelsunternehmen Deutschlands entwickelt. Am Jahresabschluss 1922 waren 1030 Konsumvereine Mitglied der Großeinkaufsgesellschaft, wovon insgesamt 1535 Konsumvereine ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln und Verbrauchsgütergegenständen von der Großeinkaufsgesellschaft bezogen. Der getätigte Warenumsatz belief sich im Jahre 1922 auf 38 175 732 000 Mark, davon Erzeugnisse aus den eigenen Betrieben im Werte von etwa 3 827 000 000 Mk.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 lieferte die Großeinkaufsgesellschaft den angeschlossenen Konsumvereinen Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände im Betrage von 201 101 000 000 Mk.

Die Belieferung der Vereine erfolgt in der Hauptsache aus den zwölf eigenen Lagerhäusern der Großeinkaufsgesellschaft. Hervorzuheben ist, daß die Großeinkaufsgesellschaft im Verlaufe von 29 Jahren nicht nur Großkaufmann, sondern seit etwa 13 Jahren auch Großindustrieller geworden ist. 25 eigene leistungsfähige Fabrikbetriebe, darunter eine ansehnliche Reihe von der Großeinkaufsgesellschaft selbsterbauter, moderner Musterbetriebe, außerdem weitere 16 Nebenbetriebe legen Zeugnis ab, was planmäßiges Zusammenarbeiten der organisierten Konsumvereine vermag. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe bzw. der Ausbau und die Erweiterung bestehender Betriebe wird planmäßig durchgeführt. Die Ausführung größerer Projekte wird jedoch wesentlich erschwert durch die herrschende Geldentwertung und den damit verbundenen Mangel an ausreichendem Betriebskapital. Darunter dürfen jedoch die Aufgaben einer konsumgenossenschaftlichen Bedarfsgüterherstellung und -verteilung nicht leiden. Die hierfür erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, muß für jeden einflichtigen Volkswirtschaftler und Genossenschaftler eine Ehrenpflicht sein.

Zur Stärkung ihrer Betriebsmittel legt deshalb die Großeinkaufsgesellschaft eine neue Obligationenleihe mit beweglichem Zinssatz auf. Die Verzinsung beträgt mindestens 6 Proz. und höchstens 15 Proz. jährlich. Zur Reimung dieser Leihe werden alle Genossenschaftsvereine aufgefordert, die irgendwie in der Lage sind, diesen gemeinnützigen und sozialen Zwecken ihre flüssigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Leihe ist eingeteilt in

Teilschuldverschreibungen zu 25 000 Mk.	50 000
„ „ „ 100 000 „	100 000

Für die Teilschuldverschreibungen haftet die Großeinkaufsgesellschaft mit ihrem gesamten mobilen und immobilien Vermögen.

Auch den Genossenschaftsvereinen, die dem Zuge der Zeit folgen in ihrem Bestreben, den Wert ihres bescheidenen Besitzes vor weiterer Entwertung zu schützen, ist die Möglichkeit zu einer gewissen Sicherung gegeben. Zu diesem Zweck ist die Großeinkaufsgesellschaft bereit, bis zu einer gewissen begrenzten Höhe Darlehen in der Form von Bankanlagen heranzunehmen.

Diese Darlehensgelder sind als

„Wertbeständige Bankanlagen“ auf mindestens fünf Jahre fest — also fünf Jahre unkündbar — zu begeben und müssen in jedem Einzelfalle mindestens 25 000 Mk. betragen.

Die Verzinsung der „wertbeständigen Bankanlage“ erfolgt in Papiermark, und zwar bis auf weiteres mit 6 Proz. für das Jahr.

Ankunft über Anleihebedingungen und Prospekt sind bei den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu erhalten oder direkt von der

Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg I, Weisenbücherei 52, Genossenschaftler, tut, was in euren Kräften steht, sorgt für die Stärkung der genossenschaftlichen Betriebsmittel.

### Aus anderen Gewerkschaften.

Neue Lohnsätze des Reichsarbeitsrates der Schuhindustrie sind am 16. Juni in Kraft getreten. Die Mindeststundenlöhne betragen danach für männliche Arbeiter über 21 Jahre 4364 Mk. für weibliche 3276 Mk. — Wenn die Teuerungswelle wie sie jetzt mit gigantischer Kraft weiter treibt, werden auch diese Mindestlöhne sehr bald nur einen Pappentitel bedeuten.

### Von der Keramikindustrie.

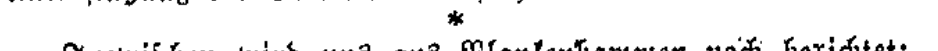
Beste Fabrikpreislifte. Wie aus Leipzig berichtet wird, sind zwischen dem Verband deutscher Porzellanfabriken und den Vereinigten Händlerverbänden neue Verkaufsbedingungen vereinbart worden. Hiernach kommen feste Fabrikpreislifte zur Einführung. Auf diese Liste ist jeweils der Verbandsmultiplikator anzuwenden. In der fristigen Annullierungsfrage soll ein einzujehendes Paritätsstichtagsgericht jeweils entscheiden.

Günstiger Geschäftsabschluss. Die G. B. der zum C. M. Kautschuker-Konzern gehörenden Porzellanfabrik C. Teiffsch & Co. in Dresden-Altwasser (Sachsen) beschloß die Verteilung einer Dividende von 500 Proz. und die Kapitalserhöhung um 15 Millionen zur Bauzwecken und zwecks Einführung der Aktien an der Dresdener und Berliner Börse. 5 Millionen der neuen, ab 1. Januar volldividendenberechtigten Aktien werden der C. M. Kautschuker zu 200 Proz. überlassen und die restlichen 10 Millionen zu ebenfalls 200 Proz. einem von Gebr. Arnold geleiteten Konzern übergeben, der darüber nach Beifugung der Verwaltung zu verfügen hat. Nominal 400 000 Mk. sollen zum gleichen kurze Verwaltungsmittelgebern zur Verfügung gestellt werden.

### Bayerische Landespolizei in Plankenhammer.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Plankenhammer dauert noch fort. Die Polizei scheint zu beabsichtigen, die Empörung der Arbeiterchaft bis zur Siebeshöhe zu steigern. Am 13. Juni wurden die Kollegen Hans Weigert, Maler, und Simon Horn, Brenner, die beide der Streikleitung angehören, verhaftet. Auf ihre Frage, warum sie verhaftet werden sollen, bekamen sie von der Gendarmerie zur Antwort: „Das werden Sie schon hören!“ Am Abend desselben Tages kamen 56 Mann und 1 Leutnant grüne Polizei per Bahn angereist, februarischmächtig ausgerüstet und mit Gummiknüppeln bewaffnet. Sie zogen abends noch nach Plankenhammer und mußten dort Posten stehen. Durch diese Maßnahme hat sich die Lage in Plankenhammer wesentlich verschärft. Die grüne Polizei will unsere Streikposten nicht patronisieren lassen. Sie erklärte ihnen, sie möchten nach Hause gehen oder in die Fabrik; die Straße wäre für sie gesperrt. Dieser Vorfall wurde von unserer Streikleitung jedoch wieder geklärt.

Da sich unter den Streikenden in Plankenhammer auch Familienväter befinden, die mit ihren Angehörigen in großer Not sind, werden die Kollegen allerorts um bereitwilligste Unterstützung der Streikenden ersucht.



Inzwischen wird uns aus Plankenhammer noch berichtet: Die Direktion versucht jetzt die Arbeiter mit Schrekmitteln einzuschüchtern. Sie erklärt, daß sie den Arbeitern (die sie sehr notwendig brauchen könnten) 3 bis 5 Tage Arbeit gibt; wenn sie nicht die Arbeit antreten, so würden sie nie mehr eingestellt. Die Papiere sind den Arbeitern durch die Post zugestellt worden. Mit dieser Mittel sollen die Streikenden für den Unfall mürbe gemacht werden. Bezüglich der Arbeitswilligen sagte der Direktor, es freue ihn, wenn er jetzt durch den Vertrieb geht, denn die Leute seien so arbeitswillig als nur etwas. Auch das Geschirr sei sehr schön; wenn die jetzigen Arbeitswilligen so weiter machen, dann sei er sehr zufrieden. (Wenn es gleich keine Facharbeiter sind, sondern zum Teil Schneider und Schuhmacher, die sich in ihrem Beruf nicht ernähren können). Wie sollen solche Leute, die an eine Drehscheibe gestellt werden, schönes Geschirr produzieren? Auch Arbeiter von uns, die uns in den Küttern gefallen sind, sind keine Facharbeiter. Es sind 35 im Betriebe, und zwar 9 männliche und 26 weibliche. Unter den Umgefallenen befinden sich die zwei Brenner Georg Schuppauß und Georg Weigl, die schon 1913 als Arbeitswillige gearbeitet haben. Die übrigen Arbeiter stehen felsenfest hinter der Streikleitung, wenn die Polizei auch zwei tüchtige Kollegen verhaftet hat.

In dem schwarzen Mäntchen „Oberpf. Kurier“ befindet sich über den Streik in Plankenhammer ein die Tatsachen verdrerbender Bericht, der vermutlich von dem christlichen Arbeitersekretär Schwarz in Weiden stammt. Darin wird u. a. zynisch ausgeführt: „Der Streik in Plankenhammer steht vor dem Zusammenbruch, „dank“ des Verhaltens der radikalen sozialistischen Arbeiterführer. Die Schuld tragen die Funktionäre des sozialistischen Porzellanarbeiterverbandes. Wie bereits bekannt durch unsere Zeitung, wollte schon die Mehrzahl der Arbeiterchaft von einem Streik, welcher keine rechtliche Grundlage hat, nichts wissen. Es treten daher bis jetzt nahezu die Hälfte der unwilligen in den Streik getretenen Arbeiterchaft zur christlichen Organisation, dem „Verbandsverband deutscher Keramarbeiter“ über, circa 70 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen die Arbeit wieder auf. Das löste unter den Radikalen große Wut und Rachegefühle aus.“

Merkt Ihr, Kollegen, auf was diese christliche Hebe hinausgeht? Sie bezweckt, die Arbeitswilligen in die Lendenahme christliche Organisation zu locken. Wie die Hyänen das Schlachtfeld nach Beute abfuchen, so tun es die Christlichen auf dem wirtschaftlichen Kampffeld!

### Aus unserem Beruf.

Schwab-Gmünd. Seit 1. Februar ist hier eine neu errichtete Porzellanfabrik in Betrieb gesetzt worden. Die Direktion scheint sich aber die Aufgabe gemacht zu haben, die Löhne sehr knapp zu halten, denn bis jetzt wurden nur die niedrigsten Tariflöhne bezahlt und zum Teil noch darunter. Nun soll im Aktord gearbeitet werden; die Preiskommission steht schon seit vier Wochen in Preisfestlegungen und kommt zu keiner Einigung mit der Direktion, da diese solche Stücklöhne bietet, die knapp die Akordbasis erreichen. — Die sonstigen örtlichen Verhältnisse sind sehr mäßig, da Logis (Zimmer), ebenso Mittagessen gar nicht zu bekommen sind. Der Betrieb ist sehr weit von der Stadt entfernt und die Preisverhältnisse stehen der Großstadt gleich. Sollte in nächster Zeit in bezug auf die Lohnregelung keine Einigung zustande kommen, sind ernste Differenzen zu erwarten. Den Kollegen sei geraten, jetzt keine Arbeitsgesuche hierher zu richten, bis die Preisangelegenheiten erledigt sind. Eventuelle Anfragen sind an die Fabrikleitungsverwaltung oder an den Bezirksobmann Wilhelm Frits, früheres Bezirkskommando Schwab-Gmünd, zu richten.

### Verammlungsberichte.

Stahla. Im Brennpunkt des Interesses in der am 13. Juni abgehaltenen Zahlstellenversammlung stand das Saalfelder Lohnabkommen. Es bildete gewissermaßen den Pol, um den sich alles drehte. Und demgemäß gestaltete sich auch die Besprechung über diesen Tagesordnungspunkt. Nachdem dasselbe vorgelesen und erläutert worden war, setzte eine rege und ausgedehnte Besprechung darüber ein. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß das diesmalige Abkommen in Ansehung eines Dollarstandes von rund 90 000 Mk. noch weniger befriedigend sein kann, als dies die vorherigen konnten. Mit Recht wurde gefragt, ob das Ergebnis der Verhandlungen die „namhafte, den tatsächlichen trostlosen Verhältnissen Rechnung tragende Lohnaufbesserung“ sein soll, von der einzelne Unternehmer vor

### Verammlungsberichte.

Stahla. Im Brennpunkt des Interesses in der am 13. Juni abgehaltenen Zahlstellenversammlung stand das Saalfelder Lohnabkommen. Es bildete gewissermaßen den Pol, um den sich alles drehte. Und demgemäß gestaltete sich auch die Besprechung über diesen Tagesordnungspunkt. Nachdem dasselbe vorgelesen und erläutert worden war, setzte eine rege und ausgedehnte Besprechung darüber ein. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß das diesmalige Abkommen in Ansehung eines Dollarstandes von rund 90 000 Mk. noch weniger befriedigend sein kann, als dies die vorherigen konnten. Mit Recht wurde gefragt, ob das Ergebnis der Verhandlungen die „namhafte, den tatsächlichen trostlosen Verhältnissen Rechnung tragende Lohnaufbesserung“ sein soll, von der einzelne Unternehmer vor



den Verhandlungen sprachen, als ihre Belegschaften mit Lohnforderungen vorst. Quartier rüdten. Gegen den Dollartand von 21 000 im März ist dieselbe auf über 300 Proz. gegenwärtig gestiegen, wodurch der Arbeiter der Unterneher nicht nur üppig blüht, sondern sogar wuchert. Ungeheurer Mehrwert akkumuliert sich in den Händen der Fabrikanten, und den Proleten bleibt nichts, um ihren Hunger zu stillen und sich zu kleiden. Eine 100prozentige Lohnerhöhung hätte uns noch nicht einmal auf den Stand der Löhne vom März gebracht, jenen Lohnstand, der absolet unzureichend war; und nun gibt man uns großmütig durchschnittlich 52 1/2 Proz. und behauptet, dieses Zukunftsstand sei ein "namhaftes, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragendes". Höher geht's wahrhaftig nimmer! Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Arbeitsblauen bewußt zur Verwässerung getrieben werden sollen, um das wirtschaftliche Chaos derselben restlos herbeizuführen, damit, wenn das Arbeitsvolk bis zur Neige müde gemacht worden ist, das Unternehmertum aus der Haut der Arbeiter noch besser klammern kann. Aber die Herren mögen sich nicht verkalkulieren: Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Und die Arbeitererschaft wird sich eines Tages, wenn ihr die Last unerträglich sein wird, hinaufreißen zum Himmel; sie wird sich ihre ewigen Menschenrechte herunterholen und den Tyrannen macht ein Ziel setzen. Die Arbeiter leben nicht nur, um zu schaffen, sondern sie schaffen, um zu leben! Und wenn sie bei diesem Schaffen zugrunde gehen sollen, dann mögen die Nutznießer des Schaffens ebenfalls mit zugrunde gehen.

Zu der Unzulänglichkeit des Abkommens wurde noch als besonders markant das halbschreiberische Umrechnungsverfahren bei den Zeitlöhnern hervorgehoben. Man hat sich in Saalfeld wieder einmal in Gehirngymnastik hervorragend betätigt und die Arbeiter mögen nun leben, wie sie mit diesem Geistesprodukt fertig werden. Was schabel's, wenn sie sich das Gehirn verrenten! Wenn man nicht mehr geben wollte, als was gegeben wurde, warum hat man da nicht einfach und verständlich gesagt, es gibt zu dem bisher über den tariflichen Mindestlohn erzielten Mehrlohn eine feste Summe oder auch einen bestimmten Bruchteil, den jeder Arbeiter, auch der wenig intellektuelle, ohne Schwierigkeit errechnen kann? Muss sich denn der in unserem Tarif vorhandene unklare Wortkasper auch noch auf die Lohnabkommen erstrecken und sich fortwerden wie eine ewige Krankheit? Auf den Scheiterhaufen mit diesem Wahn!

Das war die Auffassung, zu welcher sich alle Redner bekannten; alle Darlegungen klangen in den Grundton aus: So kann es nicht weitergehen, da machen wir nicht mehr mit! — Das Fazit der Aussprache waren zwei Anträge, die einstimmig angenommen wurden. Der erste Antrag betrifft die Frage des Goldlohnens. Wir bringen ihn an anderer Stelle. Red. der „Ameise“). Im zweiten Antrag wird verlangt: Der Verhandlungs- und die Verhandlungskommission haben bei den Lohnverhandlungen ihr ganzes Vermögen darauf zu richten, daß die Löhne der Zeitlöhner näher an die Verdienste der Akkordarbeiter herangerafft werden. Auf schwere wirtschaftliche Kämpfe, die uns bevorstehen, wird hingewiesen und eingehend und dringlichst ermahnt, dem Verband gegenüber seine volle Pflicht, die vornehmlich im Beitragszahlen nach der vollen Stundenverdiensthöhe und im regelmäßigen Versammlungsbetrieb, aber auch in kollegialem und solidarischem Handeln in den Betrieben besteht, zu erfüllen.

Einem Antrage, nicht nur über Tagungen der BGD, sondern auch über solche von der BGD kurz in der „Ameise“ zu berichten, stimmte die Versammlung aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit zu.  
Möller Weilsdorf. Die Zahlstellenversammlung am 8. Juni beschäftigte sich u. a. mit der in Nr. 20 der „Ameise“ erschienenen öffentlichen Aufforderung des Gauleiters Hoffmann. Spontan aus der Versammlung heraus wurden Stimmen laut, daß diese Angelegenheit für uns erledigt sei, und wenn Kollege Hoffmann noch mehr wissen wolle, so möchte er doch persönlich nach Weilsdorf zu einer Versammlung erscheinen. In einem Schreiben vom 3. April, welches an den Vorstehenden Nummerich gerichtet war, heißt es wörtlich:

Am Anschluß an Deine telephonische Mitteilung, daß der Betriebsrat in Weilsdorf die Einberufung einer Konferenz wünscht, traf kurze Zeit darauf auch ein Schreiben vom Parteisekretär der KPD, Diebel-Götta, hier ein, in welchem dieser ebenfalls die Einberufung einer Konferenz verlangt. Weil Diebel über die Frage der Fortdauer und Vertretungsbesugniss der einzelnen Zahlstellen keinerlei Vorschläge machte, schrieb ich diesem unterm 26. März, mir doch zunächst mitzuteilen, wie er sich die Lösung der beiden Fragen denkt, weil das doch zu dem Vorarbeiten einer Konferenz unerlässlich ist. Bis heute hat Diebel mir leider nicht geantwortet. Solange eine Antwort nicht vorliegt, wird es für mich schwer sein, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. gez.: E. Hoffmann

Hierzu wird bemerkt, daß Gauleiter Hoffmann vor kurzem bei einer Besprechung in Weilsdorf gegenüber Nummerich geäußert hat, er habe seinen Parteifreunden eine viel derbere Antwort angeboten lassen als ihm. Hierüber mögen sich die Kollegen ein Urteil bilden. Für uns ist die Zeit und der Ploß in der Presse zu kostbar und die Angelegenheit hiermit erledigt.

Siebold. Die Zahlstellenversammlung am 8. Juni befaßte sich eingehend mit der Lohnfrage, die vom Kollegen Stettler, Lokalangelegter, ausführlich besprochen wurde. Er führte aus, wenn auch die erste Lohnforderung die Mindestzahl darstelle, so müsse festgesetzt werden, daß die beiden Maiabkommen unter aller Würde waren. Man weiß, daß die Arbeitgeber der Porzellanindustrie es verstehen, die Arbeiter schlecht zu entlohnen, trotz der Riesengewinne, die sie jetzt erzielen. In Siebold werden ganz besonders geringe Löhne gezahlt, die mit dem Lohnniveau in Einklang stehen. Der Direktor Nebel schaut immer streng darauf, daß sich die Grundpreise ja nicht zu hoch stellen. Weig er etwa nicht, wie teuer die hiesige Arbeitererschaft die Lebensmittel bezahlen muß? Wenn Vordruckzeugel eingereicht werden, bezeichnet er dies als eine Demonstration gegen die ungenügenden Löhne. In Wirklichkeit aber wird doch der Vordruck lediglich infolge der Not verlangt. Zu Zeiten des Herrn Bogt wurde weit mehr Entgegenkommen gezeigt, als dies heute der Fall ist. Die Behandlungsweise der Arbeitererschaft durch Herrn Nebel läßt gleichfalls viel zu wünschen übrig. Kürzlich ist er sogar dazu übergegangen, einen Lehrling zu verprügeln, weil dieser zum Bierholen fortgegangen war. Der Arbeitererschaft hier ist eine solche Handlungsweise nicht mehr länger gefallen. Kollege Stettler ermahnte deshalb auch die Kollegen, einzig zu sein und fest zusammenzubalten. Erwünscht sei noch, daß sehr zu bedauern ist, daß der eigentliche Erbe der Fabrik, Herr Pirich aus München, sich diesen Direktor erkoren hat. Herr Pirich will haben, daß die Arbeiter unabhängig behandelt werden sollen. Das geschieht aber nicht. Die Siebolder Arbeiter haben seit dem Tode des Herrn Bogt nichts an Verbesserungen erlebt, dafür aber viel Härtegedränge und Demütigungen erdulden müssen. Darum, Arbeiter, bemüht euch in und außer der Fabrik, bei uns und mit uns würdevollere Forderungen zu stellen und die Arbeitsstätte erträglicher zu gestalten. Mit einem Appell des Lokalangelegten, die richtige Höhe des Beitrages einzubehalten, wurde die Versammlung geschlossen.

#### Bermischtes.

Teure Margarine. Die Margarinefabrikanten erhöhten erneut die Preise für ihre Produkte. Ab 14. Juni kostet die teure Margarine 1500 M. pro Pfund im Großhandel und Fabrik. Sie wird also im Kleinhandel 2000 M. kosten. — Es ist nicht zum Tölpelwerden, wenn ein Arbeiter für einen ganzen Tagelohn knapp ein Pfund Margarine kaufen kann, das er früher für einen Stundenlohn erhielt?!

In Bayern wurden bekanntlich drei sozialdemokratische Blätter (München, Augsburg und Bayreuth) auf 5 bzw. 7 Tage verboten. Die eingelegte Beschwerde ist zurzeit noch nicht entschieden, so daß alle drei Blätter für die ganze Dauer des Verbotes nicht erscheinen dürfen. Der Artikel, der zum Verbot Anlaß gab, bedachte die geheimen Pläne der nationalsozialistischen Kampfbünde auf, gegen Sozialdemokraten und Juden 50 Regimenter zu je 10000 Mann aufzustellen. (Vielleicht verbietet man in Bayern auch unsere „Ameise“, weil sie diese Putschvorbereitungen der Münchener Standnationalisten weiterjagt.) An der Spitze dieser Mache stehen Hitler und Ludendorff. Bezeichnend ist, daß in allen außer bayerischen sozialistischen und bürgerlichen Zeitungen die gleiche Nachricht erschienen dürfte, ohne daß man darin, wie in Bayern, Landverrat erblickt. — Jetzt will man auch noch gegen die Redakteure der verbotenen Blätter ein Strafverfahren einleiten wegen Verstoß gegen § 1 der bayerischen Ausnahmeverordnung. Die rein bürgerliche reaktionäre gerichtete Lagerische Regierung kann infolge völliger Unfähigkeit ihre „Regierungskunst“ ohne Ausnahmezustand nicht betreiben. Durch die Ausnahmeverordnung werden die betreffenden Redakteure mit Zuchthausstrafe bis zu lebenslänglicher Dauer, jedoch nicht unter 10 Jahren, bedroht.

Vom 1. Mai. Mit sichtlich Verliebtheit bringt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ die Mitteilung, daß der Reichsausschluß des Reichstages es abgelehnt hat, den Ländern bezüglich des 1. Mai als Feiertag freie Hand zu lassen. Die Sozialdemokratie hat, danach gelte also der 1. Mai nicht mehr als Feiertag.

Im Jahr 1913. Feiertag würde allerdings der 1. Mai auf Grund dieses Beschlusses nicht in Frage kommen. Aber was schert da Arbeiter? Die feiern den 1. Mai auch fernerhin als Feiertag, und zwar werden sie das erst recht tun, den Gegnern der Mai-Feier zum Trotz. Und so wird dennoch der 1. Mai ein Feiertag bleiben.

#### Tagesereignisse.

In Bulgarien, wo bekanntlich die Regierung von den Oppositionsparteien durch eine Art Revolution gestürzt wurde, ist der Ministerpräsident, des gestürzten Kabinetts, Stamboliski, bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Köllin, der in Paris verhaftet war, ist jetzt durch Beschluß des französischen Ministerrats endgültig ausgereisen und über die Grenze gebracht worden. Köllin hat bereits an den Reichstags-sitzungen teilgenommen. Anlässlich seines Wiedererscheinens im Reichstage stellten ihm seine Parteifreunde einen Blumenstrauß auf den Tisch.

Mar Holz hatte beantragt, aus der Strafanstalt Breslau in eine säkularisirte Strafanstalt übergeführt zu werden. Die preussische Regierung hat dies aber aus Sicherheitsgründen abgelehnt.

**Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli ist der 26. Beitrag fällig.**

#### Adressenänderungen.

Büdeburg. Kassierer: G. Richter, Büdeburg, Trompeterstraße 2.

#### Aufruf!

Die Kollegin Alma Nebel (verwitwet) ist schon seit längerer Zeit krank. Sie ist in allen Klassen ausgekostert und daher völlig mittellos. Die Zahlstelle Brambach unterstützte die bedürftige Kollegin zwar nach besten Kräften, doch reichen diese Mittel nicht aus. Um der Kollegin beizuhelfen, bitten wir die Zahlstellen um ein Scherlein. Gelder sind zu senden an den Kassierer Willy Wunderlich, Fabrikstraße 115.

#### Quittung.

Bei der Zahlstelle Wunsiedel gingen nachträglich für die erkrankten Kolleginnen noch ein von den Zahlstellen: Roschitz 2000; Grünhain 1500 M. Bereits quintiert 117 610 M. Summa: 121 110 M. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank!

#### Arbeitsmarkt.

**Steingutdreher und Sicker.** lebige, 38 Jahre alt, durchaus bewandert in Blumentübeln, Wachservasen, Spülkumpen und großem Flachgeschirr, sucht für sofort dauernde Stellung in der Steingutbranche. Off. unter „B. G. 100“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

**Lichtiger Steingutmaler.** sucht Stellung. Er ist bewandert in Hand, Band, Schablonieren und Fondsprühen auf Unterglasur. Offerten unter „R. M.“ an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

**Ein geübter Geschirrfortierer** zum baldigen Eintritt gesucht. (88)

**Stoßhardt & Schmidt-Exert** Porzellanfabrik, Meißen.

**Gesucht** von Porzellanfabrik Nordbairischlands zum sofortigen Antritt eine tüchtige Arbeiterin. (89)

**Becher- und Schalendreher.** Angebote an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „B. G. 50“.

Ich suche zum möglichst sofortigen Eintritt einen tüchtigen Schleifer. (91) Porzellanfabrik Wilhelm Lange, Neuhaldensleben.

**Oberbrenner** unberheiratet, erfaht in allen Brennhäuserarbeiten zum baldigen Antritt gesucht.

**Steingutfabriken Velten-Vordamm G. m. b. H.** Velten (Mant). Geübter Figurenformer und Mafferkonfektur, welcher auch mehrere Jahre im Gebrauchsgeschirr, sowie Wasserleitungsartikeln (Klosetts und große Wassertische) gearbeitet hat, sucht als solcher für sofort oder später in einer der angegebenen Branchen ansehnliche Stellung. Gest. Angebote unter „Figurenformer“ an die Exp. der „Ameise“ erbeten.

### An die Zahlstellenverwaltungen!

75 Zahlstellen haben für den letzten Monat keine statistische Berichtskarte der Reichsarbeitsverwaltung, Nachweisung für den Monat Mai, an mich eingelebt. Von vielen dieser Zahlstellen blieben die Berichtskarten für die letzten beiden, von 18 Zahlstellen für die letzten drei, teilweise sogar vier Monate aus. Dadurch wird die Gesamtstatistik des Verbandes stark entwertet, wiederholt mühen wir wegen des starken Ausfalls von einer Berichterstattung an die Reichsarbeitsverwaltung abzufragen und Zeit und Geld für von den punktierten Zahlstellen gemachte Angaben waren weggeworfen. Ermahnungen durch Rundschreiben scheinen nicht nachhaltig zu wirken und ich muß daher wohl oder übel die säumigen Zahlstellen wieder einmal veröffentlichen, hoffend, daß die Zahlstellenverwaltungen ernsthaft und erinnernd wirken. Die Namen der Zahlstellen, deren Bericht nur für Mai ausblieb, will ich noch einmal ausdrücklich veröffentlichen, künftig kann ich, wenn nicht große Besserung eintritt, das auch nicht mehr.

Für April und Mai berichteten nicht: Althalbendleben, Amberg, Ansbach, Burgau, Cassel, Frankfurt a. M., Fichtelwaldbau, Greußen, Großalmrode, Hausen, Hennigsdorf, Kleinbembach, Rimbach, Mainleus, Markt-leuben, Meinungen, Mühleng-Glabach, Mulschen, Offenburg, Rauenstein, Rottberode, Steinbach, Steinweilen, Thiersheim, Wailshausen, Zoll, Zeven. Für März, April und Mai berichteten nicht: Anna, Grünstadt, Girschau, Höchstadt, Kirchenamth, Peterwitz, Plankenhammer, Schwandorf, Schwarzengelb, Windisch-Gichenbach. Für Februar, März, April und Mai berichteten nicht: Dieringhausen, Lamspringe, Delbitz, Dos, Osterode, Köslan, Schwarzenberg, Veltzen.

Es ist jedenfalls ausgeschlossen, daß überall entschuldbare Gründe für diese Zurückhaltung vorliegen können. Alle Verwaltungen sollten sich darum kümmern, ob von ihrer Zahlstelle die Berichtskarte regelmäßig und rechtzeitig abgeht. Alle Zahlstellen müssen jeden Monat eine Karte einleiben, auch dann, wenn in einem Monat Arbeitslosigkeit nicht vorhanden war. Der 30. Juni ist der Stichtag für die Ausfertigung der gelben Karte: Nachweisung für das (2.) Vierteljahr 1923. Georg Wollmann.

### Zahlstelle Berlin-Charlottenburg.

Dienstag, 26. Juni 1923, abends 7 Uhr:  
Vortrags-Absend  
im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur (Wegelstraße, am Bahnhof Tiergarten).  
Programm: 1. Musikleitung (Trio der Kollegen), 2. Vortrag: Fische Müller-Deitrich über Kleiderreform und Jugend (mit Vorkäufungen), 3. Volkstänze einer Jugendgruppe.  
Die Kolleginnen und Frauen sind besonders eingeladen.  
(90) Die Ortsverwaltung.

### † Sterbetafel †

Burgau. Bernhard Schöbel, Brenner, geboren am 6. September 1868 zu Goldlauter, gestorben am 31. Mai an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1917.

Goldb. Hermann Drehsler, Porzellanarbeiter, geboren am 25. April 1890, gestorben am 9. Juni an Nervenleiden. Mitglied seit 1919.

Herrnsdorf-Motterlausitz. Anna Präßler, Dreherin, geboren am ?? August 1896 in Herrnsdorf, gestorben am 10. Juni in der Klinik zu Sena an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1919.

Köppelsdorf. Johann Bornbran, Brenner, geboren 30. Januar 1892 zu Hüttensteinach, gestorben 8. Juni 1923 an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1913.

Mannheim-Ludwigshafen. Minna Schmitt, Brennhausarbeiterin, geboren am 22. März 1899 in Mannheim, gestorben am 8. Juni an Herzschlag. Mitglied seit 1922.

Rheinsberg. Mathilde Karthold, Fertigmacherin, geboren am 1. November 1878, gestorben am 5. Juli an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1921.

Schmieberg-Kieselbach. Adolf Albert, Porzellanarbeiter, geboren 7. Mai 1886 zu Dittersbach Stadt, gestorben 13. Juni 1923 an Herzverweiterung. Mitglied seit 1918.

Walsenburg u. Uta. Hedwig Ulrich, Druckerin, geboren am 26. September 1902 zu Wülfelsberg, gestorben am 24. Mai 1923 an Entzündung. Mitglied seit 1919.

— Karl Böhm, Brennhausarbeiter, geboren am 26. Juli 1858 zu Leutmannsdorf, gestorben am 5. Juni 1923 an Altersschwäche. Mitglied seit 1920.

Ehre ihrem Andenken!

**Tüchtige Maler** für Gipsfiguren werden in dauernde Stellung gesucht. (97) Romolo Carlz & Sohn, Figurenfabrik, Cassel.

**Großgeschirre-Dreher** werden sofort eingestellt. In Frage kommen gewissenhafte, saubere Arbeiter, die längere Tätigkeit in ersten Qualitätsporzellanfabriken nachweisen können. Ausführliche Offerten unter „R. M.“ an die Expedition der „Ameise“. (92)

Junger, lebiger, tüchtiger Unterglasur-Freschmalmer, der auch in anderen vorkommenden Arbeiten bestens bewandert ist, sucht Stellung. Off. unt. „E. G. 75“ an die Exp. der „Ameise“.

### Geschäfts-Anzeigen.

Offer. für Dreher Bimocesschwämme, das Stück von 40 bis 200 Goldpfennige (1 Goldpfennig zurzeit 70 bis 90 Papiermark), klein Levantiner, das Stück 40, große prima Levantiner schwämme zu 60 engl. Schill. (1 Schill. zurzeit 7000 bis 9000 Papiermark), klein Levantiner Kuepftensrohren 72, größere prima 95 Schill. pro Kilo, prima weiche, kausungslose, Schwämme 28 Schill., Harthand-Flasur- u. Garnierenschwämme, sowie große Harthandschwämme für Großsteingut, das Stück 15 Schill., zahlbar und umgerechnet auf Wunsch in deutsche Reichsmark zum anstehenden 4. Wochener Preisveränderungs am Regulierungstage. Ziel 2 bis 4 Wochen laut Vereinbarung. S. Michelsohn, Schwammimport, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

## CHRISTOPH SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE  
Import und Export von Schwämmen.  
speziell für die keramische Industrie.  
Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Red.: Edwin Menninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck: E. Jankowsky & Co., Berlin C. D., Elisabethufer 28/29.